

MORNING NEWS

13. Juli 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	25.067,09	-51,18	-0,20	25.118,27	DJ 30	52.637,01	149,60	0,29	52.487,41
MDAX	31.919,45	82,10	0,26	31.837,35	NASDAQ	29.825,11	98,01	0,33	29.727,10
TEC DAX	3.838,72	81,48	2,17	3.757,24	Nikkei 225	67.034,04	-1.523,69	-2,22	68.557,73
Euro Stoxx50	6.269,97	-14,30	-0,23	6.284,27	Hang Seng	24.148,53	-26,59	-0,11	24.175,12
Bund Future	125,33	-0,22	-0,18	125,55	Euro / US-\$	1,1403	-0,00	-0,11	1,1416
Gold in US-\$	4.054,73	-65,20	-1,58	4.119,93	Öl (Brent) US-\$	79,21	3,20	4,21	76,01
Bitcoin / US-\$	62.708,59	-1.456,30	-2,27	64.164,89	Ethereum / US-\$	1.780,18	-40,32	-2,21	1.820,50

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.800	-267
NASDAQ Future	29.625,50	-406,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	138,44	0,86	0,01	137,58	157,86	1.720.155,00
Nokia OJ	10,91	0,07	0,01	10,84	12,44	50.198.799,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Fraport	FRAG.DE	Verkehrszahlen 06/26	07:00	n/a
Europäische Unternehmen	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Euro-Zone	Juli	08:30	n/a
D	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Deutschland	Juli	08:35	n/a
USA	Federal Budget Balance	Juni	20:00	-128,3 (-292,6) Mrd \$
D	Leistungsbilanz	Mai	N7a	n/a (13,8) Mrd €

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	n/a	10-jährige Bonds	+0,021	4,56%
Volumen NASDAQ	n/a	30-jährige Bonds	+0,018	5,07%

(/)=Vortag

Die US-Börsen haben am Freitag dank **starker Technologiewerte** und der **Vorfreude auf die Berichtssaison** im Plus geschlossen. Der Dow-Jones-Index stieg um 0,29 Prozent auf 52.637 Punkte. Der breiter gefasste S&P 500 legte um 0,42 Prozent auf 7.575 Zähler zu und schloss damit nur knapp unter seinem Rekordhoch. Der Index der Technologiebörse Nasdaq gewann 0,29 Prozent auf 26.281 Punkte. Auf Wochensicht verbuchten S&P 500 und Nasdaq Gewinne, während der Dow leicht nachgab.

Für kräftigen Auftrieb sorgte das **erfolgreiche US-Börsendebüt** des südkoreanischen Chip-Herstellers **SK Hynix**. Die Papiere schlossen mit 170 Dollar rund 13 Prozent über ihrem Ausgabepreis. Dies beflügelte den Optimismus für den gesamten Halbleitersektor, der als Profiteur des Booms um Künstliche Intelligenz (KI) gilt. Der **Philadelphia-**

Halbleiterindex legte leicht zu. Auch andere Technologiewerte wie **Meta** waren mit einem Plus von sechs Prozent stark gefragt.

Die Blicke der Anleger richten sich nun auf die kommende Woche **beginnende Berichtssaison** für das zweite Quartal. Den Auftakt machen traditionell die großen Banken wie JPMorgan und Goldman Sachs. Analysten erwarten laut LSEG-Daten ein starkes Gewinnwachstum von 24 Prozent für die S&P-500-Unternehmen. Im Blick behielten Investoren auch die Lage im Nahen Osten, nachdem US-Präsident Donald Trump den Waffenstillstand mit dem Iran für beendet erklärt hatte. Unter den Einzelwerten fielen die Aktien von **Moderna** um fast elf Prozent. Die Papiere von **Delta Air Lines** gaben trotz einer optimistischen Prognose um 1,8 Prozent nach.

US Unternehmen

Im Streit um die Entwicklung neuer Hardware hat **Apple** am Freitag (Ortszeit) den ChatGPT-Entwickler **OpenAI** sowie zwei ehemalige Mitarbeiter verklagt. Der iPhone-Konzern wirft dem KI-Unternehmen vor, systematisch vertrauliche Informationen zu Design und Fertigungsprozessen gestohlen zu haben, um den eigenen Einstieg in das Hardware-Geschäft zu beschleunigen. Laut der bei einem kalifornischen Bundesgericht eingereichten Klage arbeiten inzwischen mehr als 400 frühere Apple-Beschäftigte für OpenAI. Die beiden namentlich genannten Ex-Mitarbeiter sollen unter anderem interne Dateien heruntergeladen und Lieferantendaten entwendet haben (Reuters).

Marktmeldungen

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die von der schwarz-roten Bundesregierung vorgelegten **Reformpakete** ausdrücklich gelobt. "Ich finde schon, dass die Bundesregierung ein ansehnliches Paket vorgelegt hat", sagte Steinmeier am Sonntag im *ZDF-Sommerinterview* mit Blick etwa auf die Beschlüsse zum Rentensystem und zu den gesetzlichen Krankenkassen. Er verteidigte die Entscheidungen auch gegen Kritik, dass es zu wenig Entlastungen gebe. "Strukturreformen... haben nicht in erster Linie zum Ziel, den Menschen mehr Geld in die Tasche zu geben, sondern zunächst mal das Ziel, Leistungssysteme zu stabilisieren", erklärte Steinmeier, der 2010 einer der Hauptverantwortlichen für das "Agenda 2010"-Reformpaket der damaligen rot-grünen Regierung war (Reuters).

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich ernüchert über die Qualität der **transatlantischen Beziehungen** geäußert und eine **Reaktion der Europäer** gefordert. "Wir sollten uns diesem neuen Zeitgeist der Rücksichtslosigkeit nicht anschließen", sagte er am Sonntag im *ZDF-Sommerinterview*. "Wir sollten ein europäisches Modell dagegenhalten", fügte er hinzu. Zu dem Verhältnis zu den USA sagte Steinmeier: "Ich glaube, mehr Distanz als im Augenblick geht kaum noch." Es gebe einen doppelten Epochenbruch mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und einem veränderten Werteverständnis seitens der USA. "Das ist doch gar nicht wegzureden, das spüren die Leute doch auch." Trotzdem plädierte der Bundespräsident für einen "pragmatischen Umgang" mit den USA, ohne US-Präsident Donald Trump zu erwähnen. Man dürfe nicht in denselben Modus wie Großmächte verfallen.

Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik fordern eine **Verschiebung des deutschen Zieljahrs** für **Klimaneutralität** um fünf Jahre. Statt 2045 solle Deutschland das europäische Zieljahr 2050 übernehmen, sagten unter anderem der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE), Michael Vassiliadis, und RWE-Vorstandschef Markus Krebber der *"Welt am Sonntag"*.

Der langjährige republikanische Senator und Trump-Verbündete **Lindsey Graham** ist tot. Er sei am Samstagabend nach kurzer und schwerer Krankheit **gestorben**, war auf seinen Profilen auf X und Facebook in einer Mitteilung seines Büros zu lesen. Graham hatte am Donnerstag seinen 71. Geburtstag gefeiert. Wie überraschend sein Tod kam, macht nicht zuletzt sein voller Terminkalender deutlich. Gerade schüttelte er noch dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kiew die Hand, für Sonntag war ein Interview im US-Fernsehen geplant. Bei den wichtigen Zwischenwahlen im November wollte er für eine fünfte Amtszeit im Senat antreten. US-Präsident Donald Trump hatte ihm dafür seine "uneingeschränkte und volle Unterstützung" ausgesprochen (dpa/AFX).

Das **US-Militär** hat seine nächtlichen Attacken auf **Ziele im Iran** nach mehreren Stunden für beendet erklärt. Die Angriffswelle sei vorbei und habe Dutzende Zielobjekte mit Präzisionsmunition getroffen, teilte das zuständige US-Regionalkommando Centcom am frühen Morgen deutscher Zeit auf der Online-Plattform X mit. Flugabwehrsysteme, Radaranlagen, Raketenstellungen und Drohnenstandorte sowie kleinere Boote seien zerstört worden, um dem Iran weitere Attacken auf den internationalen Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus zu erschweren. Es war bereits die **vierte Angriffswelle der USA**, seit die Feindseligkeiten in der Nacht zu Mittwoch wieder aufflammten. Neben Kampfflugzeugen und Flugdrohnen wurden diesmal laut Centcom auch erstmals schwimmende Drohnen eingesetzt. Dazu veröffentlichte das Militär ein Video, auf dem von einem Flugzeugträger abhebende Kampffjets sowie Marschflugkörper zu sehen sind, die von einem oder mehreren Kriegsschiffen abgefeuert werden. Außerdem sollen die Aufnahmen offensichtlich den Einschlag mehrerer Geschosse am Zielort zeigen. Die Angaben der US-Armee ließen sich nicht unabhängig überprüfen. Die **Straße von Hormus** habe essenzielle Bedeutung für den weltweiten Handel und werde nicht vom Iran kontrolliert, betonte Centcom. Die US-Streitkräfte stünden bereit, um die Freiheit des zivilen Schiffsverkehrs zu verteidigen - auch gegen "die ungerechtfertigte Aggression des Irans, seine Schikane, Drohungen und willkürlichen Verlautbarungen". **UN-Generalsekretär** António Guterres hatte sich nach Beginn der jüngsten Angriffswelle besorgt über die "erhebliche Eskalation" gezeigt. Eine Rückkehr zu umfassenden Kampfhandlungen hätte katastrophale Folgen für die Sicherheit der Region und die Weltwirtschaft, warnte er auf X.

Das **US-Militär** hat einem Medienbericht zufolge **Raketen- und Flugabwehrsysteme im Iran** angegriffen. Zudem seien **kleine Boote der iranischen Revolutionsgarden** in der Straße von Hormus ins Visier genommen worden, berichtet das Nachrichtenportal "Axios". Die iranische Nachrichtenagentur Irna meldet, der "Feind" habe Raketen auf die Insel Qeschm abgefeuert. Es gebe keine Berichte über Opfer. Die iranische Nachrichtenagentur Fars meldet Explosionen im Bereich der Insel Qeschm sowie östlich der Hafenstadt Bandar Abbas (Reuters).

Die **iranischen Revolutionsgarden** haben nach eigenen Angaben ein **zweites Schiff in der Straße von Hormus** außer Gefecht gesetzt und den strategischen **US-Luftwaffenstützpunkt Al Udeid in Katar** mit ballistischen Raketen angegriffen. Dabei seien das Wartungszentrum für Kampffjets sowie die Kommandozentrale zerstört worden, teilen die Revolutionsgarden am Sonntag mit (Reuters).

Die **Straße von Hormus** ist nach **Angaben von US-Präsident** Donald Trump für die Handelsschifffahrt geöffnet. Dies erklärt Trump in einem Interview der NBC-Sendung "Meet the Press". Die USA und der Iran greifen sich jedoch weiterhin gegenseitig an, was Sorgen über die Sicherheit auf einer der weltweit wichtigsten Routen für Öltransporte aufwirft (Reuters).

Nach der **Attacke auf das Handelsschiff** GFS Galaxy vor der **Küste Omans** am frühen Sonntagmorgen wird ein indischer Staatsbürger vermisst, wie das Außenministerium in Neu-Dehli mitteilte. "Von den elf indischen Staatsangehörigen an Bord konnten bisher zehn gerettet werden, während ein indischer Staatsangehöriger Berichten zufolge vermisst wird", teilte das Ministerium mit. Indien verurteile den Anschlag. Der **Iran** hatte zuvor mitgeteilt, ein Schiff auf einer nicht genehmigten Route sei von einem Warnschuss getroffen worden (Reuters).

Bei **israelischen Angriffen im Gazastreifen** sind palästinensischen Angaben zufolge mindestens drei Menschen getötet worden. Darunter sei auch ein neunjähriges Mädchen, teilt die palästinensische Gesundheitsbehörde mit. Nach Angaben von Ärzten vor Ort ist das Kind bei Schüssen auf ein Zeltlager im Flüchtlingslager Al-Bureij ums Leben gekommen. Bei einem Luftangriff auf eine Metallgießerei in Gaza-Stadt werden zudem zwei Menschen getötet. Zeugen sprechen von drei israelischen Raketen, die das Werk getroffen haben. Das israelische Militär erklärt auf Anfrage der Nachrichtenagentur Reuters, es habe "terroristische" Infrastruktur angegriffen (Reuters).

Der **Irak** und die **USA** wollen offenbar ihre **Zusammenarbeit im Energiesektor** ausweiten. Der irakische Ministerpräsident Ali al-Saidi werde dazu am Montag an der Spitze einer offiziellen Delegation nach Washington reisen, sagt sein Regierungssprecher. "Die zu unterzeichnenden Abkommen werden mehrere Absichtserklärungen im Öl- und

Gassektor umfassen", sagt der Sprecher. Der Irak wolle verschiedene US-Unternehmen ins Land holen, um seine Förderkapazitäten zu steigern (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj plant eine **Regierungsumbildung** und will Ministerpräsidentin **Julia Swyrydenko** ersetzen. "Ich bin Julia für ihre klare, stetige und effektive Arbeit als Ministerpräsidentin dankbar, für ihre jahrelange produktive Tätigkeit im ukrainischen Team", schrieb Selenskyj auf der Plattform X. Die Regierungsänderungen seien notwendig, um "die Umsetzung einer aktualisierten politischen Strategie zu gewährleisten", fügte Selenskyj hinzu, nannte aber keine weiteren Details. Swyrydenko war erst im Juli 2025 ernannt worden. Selenskyj fügte hinzu, dass es auch Veränderungen an der Spitze der Strafverfolgungsbehörden geben werde. Der Oppositionsabgeordnete Jaroslaw Schelesniak sagte, Swyrydenko werde voraussichtlich den Posten der Botschafterin in den Vereinigten Staaten übernehmen. Nach ukrainischem Recht bedarf der Rücktritt der Ministerpräsidentin der Zustimmung des Parlaments und zieht den Rücktritt der gesamten Regierung nach sich (Reuters).

Deutschland finanziert einem Insider zufolge die Anschaffung von **50.000 Kampfdrohnen** für die **Ukraine**. Es handelt sich um einen der größten bekannten Drohnenkäufe eines westlichen Staates für das Land. Der Auftrag hat einen Wert von rund 90 Millionen Euro, wie der Chef des US-Rüstungssoftwareunternehmens Auterion, Lorenz Meier, der Nachrichtenagentur *Reuters* bestätigt. Die Drohnen des ukrainischen Herstellers SkyFall sind mit einer Software von Auterion zur automatischen Zielverfolgung ausgestattet. SkyFall bestätigt die Beteiligung Deutschlands, äußert sich jedoch nicht zu Details. Das Bundesverteidigungsministerium und das ukrainische Verteidigungsministerium lehnen eine Stellungnahme ab.

Bei einem **ukrainischen Drohnenangriff** auf die von Russland kontrollierte Stadt **Enerhodar** sind russischen Angaben zufolge vier Menschen getötet worden. Vier weitere Personen seien verletzt worden, sagt der Chef des russischen Atomkonzerns Rosatom, Alexej Lichatschow. In Enerhodar liegt das Atomkraftwerk Saporischschja. Die Stadt war wenige Wochen nach dem Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 unter russische Kontrolle gefallen (Reuters).

Die **Ukraine** hat nach eigenen Angaben am Sonntag 14 **russische Schiffe** angegriffen, darunter zehn Tanker. Vier der Ziele seien Fähren gewesen, teilte der Kommandeur der ukrainischen Drohnenstreitkräfte, Robert Brovdi, auf Telegram mit. In den vergangenen sieben Tagen seien insgesamt 90 russische Schiffe getroffen worden. Die russische Seite teilte mit, eine ukrainische Drohne habe einen Tanker getroffen, als dieser in den Kanal zwischen Asowschem Meer und Schwarzem Meer einfuhr. Ein durch den Angriff verursachtes Feuer sei unter Kontrolle gebracht worden und es habe keine Gefahr einer Ölpest bestanden, da das Schiff leer gewesen sei, erklärte Juri Sljusar, Gouverneur der russischen Region Rostow, auf Telegram (Reuters).

Die **Ukraine** setzt ihre **Angriffe auf russische Energieanlagen** fort. In der Nacht zum Sonntag sei eine Ölraffinerie in der russischen Region **Samara** angegriffen worden, teilte das ukrainische Militär mit (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Im Ringen um die Zukunft Zehntausender Arbeitsplätze bei **Volkswagen** deutet **Konzernchef** Oliver Blume eine leichte Kursänderung an. "Es gibt intelligentere Lösungen, als Werke zu schließen", sagte Blume der *"Bild am Sonntag"*. Als gefährdet galten bisher die Werke in Zwickau und Emden, das Audi-Werk in Neckarsulm und das Nutzfahrzeug-Werk in Hannover. Jetzt verweist Blume aber darauf, dass **Einsparungen an deutschen Produktionsstandorten** bereits Wirkung zeigten: "Unsere Fabrikkosten in Deutschland konnten wir allein im vergangenen Jahr um durchschnittlich 20 Prozent verbessern. Ein starker Fortschritt." Das Unternehmen müsse aber weiter Kosten senken. Der **Konzernbetriebsrat** kritisierte Blumes Äußerungen. Die Zitate in der Presse würden "keinerlei Klarheit bringen und so alles nur noch schlimmer machen", sagte ein Sprecher des Konzernbetriebsrats am Sonntag den Sendern *RTL* und *ntv*. "Insbesondere für unsere mehr als 40.000 Kolleginnen und Kollegen an den namentlich seit Wochen bekannten fünf Standorten Emden, Hannover, Neckarsulm, Osnabrück und Zwickau, deren früher oder später drohendes Aus seit Wochen die Schlagzeilen

beherrscht, ist dieser Zustand schlicht nicht mehr auszuhalten." **Bundespräsident** Frank-Walter Steinmeier verwies im ZDF-Sommerinterview wie zuvor die niedersächsische Landesregierung darauf, dass es Fehler im Unternehmen gegeben habe. Es habe "Fehler in der Modellpolitik... in den zurückliegenden Jahren (gegeben), die jetzt aufgearbeitet werden müssen." Steinmeier verwies darauf, dass dies Beunruhigung nicht nur an den VW-Standorten, "sondern auch weit darüber hinaus" auslöse (Reuters).

Für die **geplante Streichung** von 4.000 Stellen bei **Porsche** ist nach Handelsblatt-Informationen bei den **Verhandlungen mit der Arbeitnehmerseite** im Gegenzug eine **Standortsicherung** für zehn Jahre im Gespräch. Sollte ihr Porsche-Chef Michael Leiters zustimmen, würde er einen Konflikt mit den Eigentümerfamilien Porsche und Piëch riskieren. Zudem könnte er Oliver Blume, Chef des Mehrheitsaktionärs Volkswagen, in Schwierigkeiten bringen. Blume will bei Volkswagen Werksschließungen durchsetzen und trifft damit auf Widerstand (Handelsblatt).

Für die Chefin von **Daimler Truck**, Karin Rådström, ist die **Existenz der Nutzfahrzeugindustrie in Europa** in Gefahr. "Wenn die CO2-Regulierung unverändert bleibt, setzt Europa die Wettbewerbsfähigkeit seiner Nutzfahrzeugindustrie aufs Spiel", sagte Rådström im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Sie glaube nicht, dass die Politik die Dringlichkeit verstanden habe. Rådström ist derzeit auch Vorsitzende des Nutzfahrzeug-Ausschusses des Verbands europäischer Automobilhersteller (Acea) (dpa/AFX).

Chemie

Der Chemiekonzern **BASF** treibt den für kommendes Jahr geplanten **Teilbörsengang** seines weltweit führenden **Agrargeschäfts** voran. Nach der Ausgliederung der Sparte aus dem BASF-Verbund werden jetzt aus Insiderkreisen Zahlen zum möglichen Wert des Segments und zur Zeitplanung des Initial Public Offering (IPO) bekannt. Für die gesamte BASF-Sparte wird eine Bewertung zwischen 20 und 30 Milliarden Euro angestrebt, erfuhr das Handelsblatt aus Finanz- und Unternehmenskreisen. "Wir erwarten einen Megadeal", sagt ein Insider. Der Chemiekonzern will aber nicht das gesamte Geschäft an die Börse in Frankfurt bringen, sondern nur einen Minderheitsanteil. Dessen Höhe steht bisher nicht fest. (Handelsblatt).

Öl & Gas

Die **Türkei** und **Nordzypern** haben eine Absichtserklärung zum Bau einer **Unterwasser-Erdgaspipeline** unterzeichnet. Türkische Regierungsvertreter hoffen, dass dieses Projekt die Energiesicherheit des Gebiets stärken wird. Die geplante Pipeline soll sich über eine Länge von 97 Kilometern unter dem Mittelmeer erstrecken und nach Angaben des türkischen Staatssenders "TRT" im Jahr 2028 in Betrieb genommen werden (dpa/AFX).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

